Was können politische Parteien für Behinderte tun?

Autor(en): **Hänggi, E.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gehörlosen-Zeitung für die deutschsprachige Schweiz**

Band (Jahr): **76 (1982)**

Heft 9

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-924859

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Redaktionsschluss:
für GZ Nr. 10, 1982, 30. April
für GZ Nr. 11, 1982, 14. Mai

Bis zu den angegebenen Daten müssen Einsendungen bei der Redaktion, Kreuzgasse 45, Chur, sein

Anzeigen für Nr. 10:
bis 5. Mai im Postfach 52, Gehörlosen-Zeitung, 3110 Münsingen

GZ

Gehörlosen-Zeitung
für die deutschsprachige Schweiz

Offizielles Organ des Schweizerischen Gehörlosenbundes (SGB) und des Schweizerischen Gehörlosen-Sportverbandes (SGSV)

Erscheint zweimal monatlich
76. Jahrgang 1. Mai 1982 Nr. 9

Was können politische Parteien für Behinderte tun?

Einleitung:

Zum Jahr des Behinderten hat letztes Jahr im Mai die Beratungsstelle für Gehörlose Basel eine besondere Art Weiterbildungskurs durchgeführt. Sie hat alle Parteien für zwei Abende eingeladen. Am 1. Abend konnten die Parteivertreter ihre Partei vorstellen, und am 2. Abend wurden die Parteivertreter mit unseren Fragen und Forderungen konfrontiert (d. h. in Kontakt gebracht).

1. Kursabend

Von 10 Parteien konnten wir ihre Vertreter(innen) begrüssen. Nacheinander stellten sie ihre Partei vor. Die Parteivertreter gaben sich Mühe, von uns verstanden zu werden, aber wir mussten oft das Redetempo drosseln. In der Pause führten wir ihnen das Schreibtelefon vor, und anschliessend durften die Parteivertreter nach Hause. Wir, die Gehörlosen, stellten die Forderungen auf, ähnlich wie sie zum Tag des Gehörlosen dann auch vorlagen, ergänzt mit regionalen Wünschen. Das wurde alles schriftlich festgehalten.

2. Kursabend

Alle Parteivertreter fanden sich wieder ein. Wir hatten für sie zwei Themen vorbereitet:

1. Was hat ihre Partei konkret unternommen, um die Öffentlichkeit über die Probleme von Behinderten zu informieren?
2. Äussern Sie sich zu den Forderungen der Gehörlosen! Was ist realisierbar (kann verwirklicht werden), und was werden Sie weiterbearbeiten?

Was antworteten die Parteivertreter?

Es äusserten sich nicht alle Parteivertreter zu jeder Frage. Doch konnten wir sofort erkennen, welche Parteien schon für Behinderte etwas getan haben. Es gibt Parteien, welche eigene Gruppen haben, die sich ausschliesslich mit Behindertenproblemen auseinandersetzen. Es gibt sogar parteiinterne Merkblätter «Leitbild für den Umgang mit Behinderten».

Einige Parteien gaben zu, mit Gehörlosen nie etwas zu tun gehabt zu haben, und wünschten Beiträge über die Probleme der Gehörlosigkeit für ihr Parteiblatt oder einen Vortrag darüber.

Unseren verschiedenen Forderungen folgten längere Diskussionen, so über die Frage nach der Bezahlung des Schreibtelefons, über Abschaffung der Militärpflichtersatzsteuer, über die Untertitel bei Fernsehsendungen usw. Alle versprachen, Dolmetscher einzusetzen, wenn Gehörlose an ihren Parteiversammlungen teilnehmen.

Für uns waren es zwei interessante Abende ...

... aber: was weiter?

Nach einigen Wochen wurden die Parteien daran erinnert, dass wir ab Spätherbst bereit sind zu einem kleinen Vortrag oder zu sonstigen Informationen.

Ein Dreierteam, bestehend aus Hanspeter Waltz (von Geburt an gehörlos), Heinrich Beglinger (spätertaubt) und mir (schwerhörig von Geburt an), besuchte in der Folge verschiedene Parteien.

Wir verteilten unsere Themen so, dass keiner von uns länger als 5 Minuten sprechen musste. In der anschliessenden Diskussion konnten wir dann Ergänzungen vorbringen. Jedesmal war es für uns interessant und immer anders, da auch das Publikum (Zuhörer) ein anderes war.

Einmal wurden wir zu einer erweiterten Vorstandssitzung (zirka 15 Personen), ein andermal zur Parteiversammlung eingeladen, ein drittesmal war es eine Gesundheitskommission von drei Mitgliedern und einmal eine Standesvorstandssitzung. Eine Partei lud verschieden behinderte Menschen zur Quartiersversammlung ein.

GZ-Frühlingsgruss (Foto: R. H. Grau)

Hier dolmetschte eine Frau von der Partei für uns; das haben wir sehr geschätzt, weil es über 30 Personen waren.

Für eine Partei hatte ich einen Artikel für ihre Parteizeitung zu schreiben, andere Parteien schrieben selbst etwas.

Wir wurden von 8 Parteien eingeladen, eine Partei schrieb uns, dass sie keine Behindertenprogramme haben.

Es läuft nun ein Anzug (d. h. Anfrage an die Regierung, welche innert 2 Jahren[!] beantwortet werden muss) wegen eines Klubraumes und eines Dolmetschers. Dieselbe Partei will auch ihre Mitglieder mit Flugblättern und dem blauen Merkblatt beliefern.

Wir sind mit diesem Anfang zufrieden. Im Moment machen wir eine Pause und verfolgen aufmerksam, was weitergeht.

Warum habe ich das alles geschrieben?

Weil wir Basler hoffen, dass in anderen Schweizer Städten und Regionen ähnliche Aktionen unternommen werden, damit die Öffentlichkeit noch besser informiert ist und wir vielleicht mehr Unterstützung erhalten.

Am Schluss danke ich der Beratungsstelle Basel für ihre Arbeit. E. Hänggi